

| | | |
|-----------------|-----|--|
| Lichtmann, Sven | SPD | Vertretung für Herrn Tim-Oliver Kremer |
| Stefer, Michael | CDU | Vertretung für Herrn Rolf Schulte |

| Entschuldigte Mitglieder | | |
|--------------------------|-----|--|
| Osterberg, Axel | CDU | |
| Kremer, Tim-Oliver | SPD | |
| Schulte, Rolf | CDU | |

| Teilnehmer Verwaltung | |
|-----------------------|---------------------------------|
| Klaus Grootens | Kreisdirektor |
| Birgit Hähn | Dezernentin I |
| Ralf Schmallenbach | Dezernent II |
| Frank Herhaus | Dezernent III |
| Felix Ammann | Dezernent IV |
| Reinhard Schneider | Leiter Leitungsstab |
| Wolfgang Hamm | Leiter Amt für Finanzwirtschaft |
| Stefanie Nähring | Büroleitung Landrat |
| Jonas Goße | Kreistagsbüro |

| Gäste: |
|--|
| Herrn Bürgermeister Karthaus, Engelskirchen |
| Herrn Bürgermeister Meisenberg, Marienheide |
| Herrn Stadtkämmerer und 1. Beigeordneter Halding-Hoppenheit, Gummersbach |

Die Niederschrift führt Rainer Schmidt.

Die Vorsitzende, Frau Ahus, eröffnet die Sitzung des Finanzausschusses und begrüßt die Mitglieder, die Vertreter der Verwaltung sowie als Gäste Herrn Bürgermeister Karthaus, Herrn Bürgermeister Meisenberg und Herrn Stadtkämmerer Halding-Hoppenheit.

Frau Ahus stellt fest,

1. dass unter dem 03.03.2021 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und
2. dass die Beschlussfähigkeit vorliegt.

Als Tischvorlage liegen zu TOP 7 aus:

- Stellungnahme der Verwaltung zur Einwendung des Herrn Strutz gegen den Haushalt
- Präsentation vom 05.02.2021 zur Information der Fraktionen zu den Eckdaten des Haushalts 2021/2022
- Liste der Anträge zum Haushalt

und zu TOP 10 Informationen zu Auswirkungen der Corona-Pandemie.

Vor Eintritt in die Tagesordnung berät der Ausschuss über den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.02.2021.

Der Antrag wird durch AM Wurth begründet. Nach Wortmeldung von AM Stefer fasst der Finanzausschuss **mehrheitlich gegen die Stimmen der SPD-Kreistagsfraktion und der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** folgenden

Beschluss Nr. 1:

Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 24.02.2021 (Haushaltsentwurf zurückziehen, Neueinbringung am 24.06.2021, nötigenfalls Vertagung der Haushaltsberatung in die Sitzung im Mai oder Juni; Fortführung der vorläufigen Haushaltsführung; Dringlichkeitsbeschlüsse für notwendige über- und außerplanmäßige Ausgaben) wird **abgelehnt**.

Anschließend wird die Tagesordnung wie folgt festgestellt

Tagesordnung

| Ifd. Nr. | Tagesordnungspunkt | Vorlagennummer |
|----------------------------|---|------------------|
| A Öffentlicher Teil | | |
| 1 | Einwohnerfragen | |
| 2 | Bestellung eines Schriftführers und dessen Stellvertreters | 0169/20-25/LR/KD |
| 3 | Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger | 0170/20-25/LR/KD |
| 4 | Bestimmung von Ausschussmitgliedern zur Mitunterzeichnung der Niederschriften | 0171/20-25/LR/KD |

| | | |
|---------------------------------|---|------------------|
| 5 | Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes – Kapitel II | 0079/20-25/LR/KD |
| 6 | Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 KomHVO | 0172/20-25/LR/KD |
| 7 | Haushaltssatzung 2021-2022 1. Beratung über vorliegende Anträge zum Haushalt 2. Beratung Haushaltsentwurf 2021-2022 einschließlich Beratungsergebnisse aus Nr. 1 und Veränderungsnachweis 3. Beschluss Gesamthaushalt 4. Beschluss Haushaltssatzung | 0173/20-25/LR/KD |
| 8 | Anträge | |
| 9 | Anfragen | |
| 10 | Mitteilungen | |
| 10.1 | Haushaltswirtschaft 2021 | 0174/20-25/LR/KD |
| B Nichtöffentlicher Teil | | |
| 11 | Weiterer Ankauf von Banken-Gesellschaftsanteilen der Oberbergischen Aufbaugesellschaft mbH durch den Oberbergischen Kreis zur Herstellung der Inhouse-Fähigkeit | 0179/20-25/IV |
| 12 | Anträge | |
| 13 | Anfragen | |
| 14 | Mitteilungen | |

* * * * *

A Öffentlicher Teil

| | | |
|------------------|--------------------------------------|--|
| Zu TOP 1: | Einwohnerfragen | |
| | Es liegen keine Einwohnerfragen vor. | |

| | | |
|------------------|---|-------------------------|
| Zu TOP 2: | Bestellung eines Schriftführers und dessen Stellvertreters | 0169/20-25/LR/KD |
| | Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift). Der <u>Finanzausschuss</u> fasst einstimmig folgenden | |

Beschluss Nr. 2:

Der Finanzausschuss bestellt gemäß § 41 Abs. 9 KrO in Verbindung mit § 30 Abs. 7 der Geschäftsordnung Kreistag Herrn Rainer Schmidt zum Schriftführer und Herrn Christoph Röttgen zum stellvertretenden Schriftführer.

| | | |
|------------------|--|-------------------------|
| Zu TOP 3: | Verpflichtung der sachkundigen Bürgerinnen und Bürger | 0170/20-25/LR/KD |
| | <p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Die Vorsitzende verpflichtet die sachkundigen Bürger Blüm, Gerards, Lammerich und Stinner mit der Verpflichtungsformel „Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde“.</p> | |

| | | |
|------------------|--|-------------------------|
| Zu TOP 4: | Bestimmung von Ausschussmitgliedern zur Mitunterzeichnung der Niederschriften | 0171/20-25/LR/KD |
| | <p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> fasst einstimmig folgenden</p> | |

Beschluss Nr. 3:

Der Finanzausschuss bestimmt auf Vorschlag der Fraktionen folgende Ausschussmitglieder zur Mitunterzeichnung der Niederschriften über die durch den Ausschuss gefassten Beschlüsse:

| Fraktion | Ausschussmitglied |
|------------|----------------------|
| CDU | Axel Osterberg |
| SPD | Ralf Wurth |
| GRÜNE | Marie Brück |
| FDP/FWO/DU | Ina Albowitz-Freytag |
| UWG | Hans-Peter Stinner |
| AfD | Udo Schäfer |

| | |
|--|--|
| | Abweichend von der vorgenannten Regelung wird die Niederschrift dieser Sitzung aufgrund der Abwesenheit von Herrn Osterberg stellvertretend von AM Stefer mit unterzeichnet. |
|--|--|

| | | |
|---|---|-------------------------|
| Zu TOP 5: | Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes – Kapitel II | 0079/20-25/LR/KD |
| | <p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig folgenden</p> | |
| Beschluss Nr. 4: | | |
| <p>Der Kreistag beschließt, die Fördermittel aus dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz – Kapitel II (KInvFG – Kapitel II) in Höhe von 4.132.269 Mio. Euro für folgende Maßnahmen zu verwenden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Kreissüden: Neubau Sporthalle Berufskolleg-Waldbröl + Dachgeschossausbau BK Waldbröl • Kreismitte: Berufskolleg Dieringhausen, Ingenieurbauwerke • Kreisnorden: Berufskolleg-Wipperfürth, Fensteraustausch <p>Die genaue Mittelverwendung ist im Sachverhalt dargestellt. Da die Kosten der Maßnahmen insgesamt höher als die Fördermittel sind und nur eine Anteilsfinanzierung erfolgt, sind die Eigenanteile über die vorhandenen Ansätze abgedeckt.</p> | | |

| | | |
|------------------|---|-------------------------|
| Zu TOP 6: | Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 KomHVO | 0172/20-25/LR/KD |
| | <p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Eine Wortmeldung von AM Gerards wird von Herrn Hamm beantwortet.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> nimmt die Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushalt 2020 in das Haushaltsjahr 2021 zur Kenntnis.</p> | |

| | | |
|------------------|---|-------------------------|
| Zu TOP 7: | Haushaltssatzung 2021-2022 1. Beratung über vorliegende Anträge zum Haushalt 2. Beratung Haushaltsentwurf 2021-2022 einschließlich Beratungsergebnisse aus Nr. 1 und Veränderungsnachweis 3. Beschluss Gesamthaushalt 4. Beschluss Haushaltssatzung | 0173/20-25/LR/KD |
| | <p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Vor Eintritt in die Beratung bestimmt der Ausschuss einvernehmlich folgenden Ablauf:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Einleitung durch Herrn Kreiskämmerer Grootens 2. Anhörung der Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen zum Kreishaushalt 2021/2022 3. Weitere Erläuterung des Haushaltsentwurfs und Veränderungsnachweises durch Herrn Kreiskämmerer Grootens und Herrn Hamm 4. Beratung und Einzelabstimmung über die Einwendung und die vorliegenden Anträge zum Haushalt 5. Beratung Haushaltsentwurf 2021-2022 unter Berücksichtigung von Anträgen und Veränderungsnachweis 6. Beschluss Gesamthaushalt unter Berücksichtigung von Anträgen und Veränderungsnachweis 7. Beschlussempfehlung Haushaltssatzung/Festsetzung Hebesätze Kreisumlage. <p>1. Einleitung durch Herrn Kreiskämmerer Grootens</p> <p>Herr Kreiskämmerer Grootens erläutert das abgelaufene Benehmensverfahren und die seit Jahren beim Oberbergischen Kreis geübte Beteiligung der Kommunen im Finanzausschuss.</p> <p>Die Vorsitzende weist darauf hin, dass von den Städten/Gemeinden keine formellen Einwendungen gemäß § 55 Abs. 2 KrO erhoben worden sind.</p> <p>2. Anhörung der Bürgermeister der kreisangehörigen Kommunen zum Kreishaushalt 2021/2022</p> | |

Herr Bürgermeister Karthaus erläutert einleitend die Situation der kreisangehörigen Kommunen. Herr Stadtkämmerer Halding-Hoppenheit konkretisiert die Vorschläge der Bürgermeisterkonferenz. Herr Bürgermeister Meisenberg ergänzt die Stellungnahme seiner Vorredner.

3. Weitere Erläuterung des Haushaltsentwurfs und Veränderungsnachweises

Herr Kreisdirektor Grootens erläutert den Haushalt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage zur Original-Niederschrift), in der er u. a. auf die Folgen der Coronapandemie, das voraussichtliche Rechnungsergebnis 2020, die Entwicklung der Ausgleichsrücklage, die Entwicklungen im ÖPNV-Bereich und die Betriebskosten im Bereich der Kindertageseinrichtungen eingeht.

Zur Darstellung des Haushalts aus Sicht der Kommunen und der Kreisverwaltung äußern sich die AM Wurth, Stefer, Albowitz-Freytag und Stinner.

Nachfragen werden von Herrn Grootens und Herrn Hamm beantwortet.

4. Beratung über vorliegende Einwendungen und Anträge zum Haushalt

Eine aktualisierte Liste mit den Einwendungen und Anträgen zum Haushalt liegt als Tischvorlage aus (Anlage zur Original-Niederschrift).

Vorab einigt sich der Finanzausschuss darüber, dass

- die Einwendung des Herrn Strutz gemeinsam mit den Anträgen der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Nr. 19) und der SPD-Kreistagsfraktion (Nr. 27) beraten werden sollen
- Anträge, die den Stellenplan betreffen in der Sitzung des Unterausschusses „Personal“ am 18.03.2021 beraten werden (betrifft die Anträge Nr. 5 und 18 Ziff. 3, Nr. 15 Ziff. 3, Nr. 21 Ziff. 1 u. 2 und Nr. 22 Ziff. 2)

Die AM Wurth und Albowitz-Freytag weisen darauf hin, dass künftig der Unterausschuss „Personal“ vor dem Finanzausschuss tagen soll-

| | |
|---|---|
| | <p>te.</p> <p>AM Wurth beantragt für die SPD-Kreistagsfraktion, dass bei der Abstimmung über den Gesamthaushalt über die Produktbereiche 1.01 Innere Verwaltung, 1.06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe, 1.07 Gesundheitsdienste, 1.10 Bauen und Wohnen sowie 1.16 Allgemeine Finanzwirtschaft getrennt abgestimmt werden soll.</p> <p>Abstimmung über die Einwendungen und Anträge zum Haushalt im Einzelnen gemäß Liste (Tischvorlage):</p> <p>Zur Einwendung gegen den Haushalt:</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich bei Gegenstimmen der Kreistagsfraktion BÜNDINS 90/DIE GRÜNEN und Enthaltung der Kreistagsfraktion SPD folgenden</p> |
| <p>Beschluss Nr. 5:</p> <p>Die Einwendung des Herrn Sascha Strutz aus Waldbröl vom 26.02.2021, die Mittelanträge für die Investitionsmaßnahme „Verlängerung der K 28n“ zu streichen bzw. zu reduzieren, wird zurückgewiesen.</p> | |
| | <p>zu 1.: Antrag der Oberbergischen Gesellschaft zur Hilfe für psychisch Behinderte mbH (OGB) vom 16.09.2020: Erhöhung Personalkostenerstattung für Sozialpsychiatrischen Dienst (1 Vollzeitstelle)</p> <p>Hinweis: Der Mehrbedarf ist im Haushaltsentwurf bereits berücksichtigt.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig folgenden</p> |
| <p>Beschluss Nr. 6:</p> <p>Der Kreistag beschließt die Erhöhung der Personalkostenerstattung für den Sozialpsychiatrischen Dienst gemäß Antrag der OGB vom 16.09.2020</p> | |
| | <p>zu 2.: Antrag der UWG-Kreistagsfraktion vom 21.02.2021. Waldnaturschutz und Wiederbewaldung im Oberbergischen Kreis</p> |

| | |
|---|--|
| | Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig folgenden |
| Beschluss Nr. 7: Der Kreistag beschließt, den Waldnaturschutz und die Wiederbewaldung im Oberbergischen Kreis federführend zu koordinieren und Mittel im Haushalt unter Punkt 1.13 Natur und Landschaftspflege im Jahr 2021 18.000 € und 2022 35.000 € für die Öffentlichkeitsarbeit einzustellen. | |
| | zu 3.: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion vom 22.02.2021: Anlage, Wiederherstellung und Optimierung von Kleingewässern. Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig folgenden |
| Beschluss Nr. 8: Die Verwaltung wird beauftragt, das Themas „Anlage, Wiederherstellung und Optimierung von Kleingewässern“ in den nächsten zwei Jahren im Rahmen der Umsetzung des Programms Klima-Umwelt-Natur Oberberg zu einem Schwerpunktthema zu machen und die Bevölkerung in diesen Prozess einzubeziehen. Für die Einbindung der Bevölkerung im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit sind in den Haushalt für 2021 Mittel in Höhe von 15.000 und für 2022 Mittel in Höhe von 30.000 Euro aufzunehmen. | |
| | zu 4.: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion vom 22.02.2021: Insektenschutz durch naturschutzorientierte Pflege von ungenutzten Wegparzellen, Wegrändern, Säumen, Rainen. Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig folgenden |
| Beschluss Nr. 9: Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema „Anlage, Wiederherstellung und Optimierung von Kleingewässern“ in den nächsten zwei Jahren im Rahmen der Umsetzung des Programms Klima-Umwelt-Natur Oberberg zu einem Schwerpunktthema zu machen und die Bevölkerung in diesen Prozess einzubeziehen. Für die Einbindung der Bevölkerung im Zuge der Öffentlichkeitsarbeit sind in den Haushalt für 2021 Mittel in Höhe von 15.000 und für 2022 Mittel in Höhe von 30.000 Euro aufzunehmen. | |

| | |
|---|---|
| | <p>zu 5.: Antrag der UWG-Kreistagsfraktion vom 25.02.2021: Radmobilität: Personalstelle Radmobilität beim Oberbergischen Kreis</p> <p>Der Antrag wird einvernehmlich in den Unterausschuss „Personal“ verwiesen</p> <p>zu 6: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion vom 24.02.2021: Mobilität: Einstieg in die schrittweise Umstellung der Fahrzeugflotte der OVAG auf Wasserstofftechnologie</p> <p>Nach Beiträgen der AM Wurth und Köstering empfiehlt der <u>Finanzausschuss</u> dem Kreistag einstimmig bei Enthaltung der AfD-Kreistagsfraktion folgenden</p> |
| <p>Beschluss Nr. 10:</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der OVAG die schrittweise Umstellung der Fahrzeugflotte der OVAG auf Wasserstofftechnologie inkl. Schaffung der erforderlichen Infrastruktur zur Betankung und Wartung einzuleiten. Für die Erstellung detaillierter Planungsunterlagen mit Berücksichtigung aller genehmigungsrechtlichen Anforderungen und Vorbereitung der Ausschreibung zum Bau einer Tankinfrastruktur an den vier OVAG-Standorten ist ein Betrag von 250.000 Euro (150.000 Euro in 2021 und 100.000 Euro in 2022) in den Haushalt aufzunehmen.</p> | |
| | <p>zu 7.: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion vom 24.02.2021: Mobilität: Angebotsverbesserungen und Attraktivierungs-Maßnahmen im ÖPNV</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig bei Enthaltung der AfD-Kreistagsfraktion folgenden</p> |
| <p>Beschluss Nr. 11:</p> <p>Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der OVAG die Voraussetzungen für ein attraktives und kundenorientiertes ÖPNV-Angebot zu schaffen. Dazu zählen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Einführung moderner Planungs-, Steuerungs- und Kommunikationssysteme bei der OVAG zur Steuerung der Verkehre mit dem Ziel der Verbesserung der Leistungsqualität und der Fahrgastinformation | |

- Hierfür sind in den Haushalt für 2022 Mittel in Höhe von 80.000 Euro aufzunehmen.
- Ausbau der elektronischen Fahrgastinformationssysteme an Haltestellen, in Fahrzeugen und auf Online-Plattformen
- Hierfür sind in den Haushalt für 2022 Mittel in Höhe von 100.000 Euro aufzunehmen.
- Stärkere Sichtbarkeit des ÖPNV-Angebots in Medien und durch Kommunikationsmaßnahmen
- Hierfür sind in den Haushalt für 2021 und 2022 Mittel in Höhe von je 50.000 Euro aufzunehmen.
- Überprüfung des heutigen ÖPNV-Angebots und bedarfsgerechte Anpassung wie konsequente Taktverkehre auf Primär- und Sekundärlinien, Schließen von Taktlücken, Ausrichtung auf relevante Anschlussbeziehungen, insbesondere Schienenverkehre und weitere Maßnahmen
- Hierfür sind in den Haushalt für 2021 Mittel in Höhe von 150.000 und für 2022 Mittel in Höhe von 400.000 Euro aufzunehmen.
- Einführung aktueller Technologien und Kommunikationsmedien wie WLAN im Bus, bargeldloses Zahlen im Bus, Online-Zugang zur Verwaltung von Abonnements, Kundendialog über elektronische Plattformen und weitere Maßnahmen
- Hierfür sind in den Haushalt für 2022 Mittel in Höhe von 350.000 Euro aufzunehmen (davon 200.000 Euro für WLAN im Bus, 100.000 Euro für Abo-Online und 50.000 Euro für Digitalisierung Kundendialog/automatisierte Verspätungsmeldungen).

zu 8.: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion vom 24.02.2021: Mobilität: Ausweitung des geplanten On-Demand-Verkehres

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag **mehrheitlich gegen die Stimme der AfD-Kreistagsfraktion** folgenden

Beschluss Nr. 12:

Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der OVAG und involvierten Akteuren den geplanten On-Demand-Verkehr in Wiehl effizient und kundenorientiert auszuweiten, um ein ganzheitliches, attraktives und ÖPNV-Angebot zu schaffen. Dazu zählen:

- Evaluation und Prüfung einer Ausweitung des geplanten On-Demand-Angebotes in Wiehl
- Ausweitung des On-Demand-Angebotes in die räumliche Breite mit Verknüpfung zu bestehenden Verkehrsträgern und Stärkung der Ortskerne und Hauptachsen. Prüfung der Ausweitung auf angrenzende Kommunen. Hierfür sind in den Haus-

halt für 2022 Mittel in Höhe von 300.000 Euro aufzunehmen.

zu 9.: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion vom 24.02.2021: Regionalentwicklung: Wasserstoff: Mittel für Organisationsstruktur

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag **mehrheitlich gegen die Stimme der AfD-Kreistagsfraktion** folgenden

Beschluss Nr. 13:

Für den Oberbergischen Anteil an der Finanzierung einer Organisation zur Umsetzung des Feinkonzepts „H2R – Wasserstoff Rheinland“ ist ein Betrag von 45.000 Euro (2021: 15.000 Euro und 2022: 30.000 Euro) in den Haushalt aufzunehmen. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines noch zu treffenden Beschlusses zu Gründung einer entsprechenden Organisationseinheit.

zu 10.: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion vom 24.02.2021: Umwelt: Wasserstoff: Projektmittel in 2022 für Umsetzungen durch die Organisationsstruktur > Erzeugung grüner Wasserstoff

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag **mehrheitlich gegen die Stimme der AfD-Kreistagsfraktion** folgenden

Beschluss Nr. 14:

Für die Finanzierung von Zukunftsprojekten im Themenfeld „Wasserstoff“ durch die zu gründende Organisation ist ein Betrag von 25.000 Euro für 2022 in den Haushalt aufzunehmen. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt eines noch zu treffenden Beschlusses zu Gründung einer entsprechenden Organisationseinheit.

zu 11.: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion vom 24.02.2021: Wirtschaftsförderung: Zukunftsfähigkeit der Oberbergischen Unternehmen

Nach Beiträgen von AM Wurth, Köstering, Albowitz-Freytag, Stefer und Stinner wird der Punkt einvernehmlich in den Kreisausschuss verwiesen.

zu 12.: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion vom 24.02.2021: Regionalentwicklung und Wirtschaftsförderung: „Mittel für die Verbesserung der Breitband-Infrastruktur“

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag **einstimmig** folgenden

Beschluss Nr. 15:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Breitbandausbau und perspektivisch den Ausbau von 5G in Oberberg möglichst flächendeckend weiter voranzutreiben. Dazu sollen alle aktuellen und zukünftigen Fördermöglichkeiten geprüft, genutzt und die oberbergischen Kommunen bei der Umsetzung unterstützt werden.

Sollte ein herkömmlicher Ausbau mit Hilfe der klassischen Telekommunikationsanbieter im Eigenausbau oder im geförderten Ausbau nach dem sogenannten „Wirtschaftlichkeitslückenmodell“ nicht möglich sein, wird die Verwaltung beauftragt Alternativen zu prüfen und ggf. umzusetzen.

Für die Umsetzung sind Mittel in Höhe von 100.000 Euro für das Jahr 2021 und 100.000 Euro für das Jahr 2022 in den Haushalt aufzunehmen.

zu 13.: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion vom 24.02.2021: Regionalentwicklung: „Bereitstellung von Mittel für den Dorfservice“

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag **einstimmig** folgenden

Beschluss Nr. 16:

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Entwicklung und Umsetzung von Projekten, die mit Hilfe des Dorfservice Oberberg in Dörfern und Siedlungen des Oberbergischen Kreises geplant werden, eine Förderrichtlinie zu entwickeln. Hierfür sollen für 2021 und 2022 je 50.000 Euro als Sachkosten für die Projekte im Kreishaushalt zur Verfügung gestellt werden.

zu 14.: Antrag der CDU-Kreistagsfraktion, FDP/FWO/DU-Kreistagsfraktion vom 28.02.2021: Aufnahme eines investiven Ansatzes für den Beginn der Planung des Neubaus der Rettungswache Morsbach

| | |
|---|---|
| | <p>Eine Nachfrage von AM Schäfer wird von Herrn Kreisdirektor Groontens beantwortet.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig folgenden</p> |
| <p>Beschluss Nr. 17:</p> <p>In den Doppelhaushalt 2021/2022 werden für das Jahr 2022 für den Beginn der Planungen der Rettungswache Morsbach 200.000 Euro als investiver Ansatz eingestellt.</p> | |
| | <p>zu 15.: Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.03.2021:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wirtschaftsförderung/Austritt Metropolregion 2. Verzicht Ankauf Geschäftsanteile OAG 3. Auflösung OAG/Stellenreduzierung Wirtschaftsförderung <p>Nach einer Begründung des Antrags durch AM Köstering äußern sich die AM Albowitz-Freytag und Wurth.</p> <p>Bezüglich des 1. Teils (Austritt Metropolregion) zieht AM Köstering den Antrag zurück. Im Übrigen wird der Antrag einvernehmlich in den Kreisausschuss (zu 2.) bzw. den Unterausschuss „Personal“ (zu 3.) verwiesen.</p> <p>zu 16.: Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.03.2021: Gesundheit fördern und Klimaschutz</p> <p>Nach der Begründung des Antrags durch AM Gerards beteiligen sich die AM Albowitz-Freytag, Brück, Wurth und Stefer an der Diskussion. Herr Herhaus erklärt unter Hinweis auf „Stadtradeln“, dass das Thema nicht verloren gehe.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich gegen die Stimmen der Kreistagsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kreistagsgruppe DIE LINKE folgenden</p> |
| <p>Beschluss Nr. 18:</p> <p>Der Antrag, in den Haushalt 2021 und 2022 jeweils 20.000 € im Produktbereich „Ge-</p> | |

sundheitsförderung" (1.07.01.01) einzustellen und hierfür eine Initiative zu entwickeln, um einem gesundheitsgefährdenden Bewegungsmangel in der Bevölkerung entgegenzuwirken und Anreize zur einer gesundheitsfördernden Bewegung im Alltag zu setzen, wird abgelehnt.

zu 17.: Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.03.2021: Ausgleichsrücklage – Kreisumlage

Die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zieht den Antrag zurück.

zu 18.: Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.03.2021: Neue Radmobilität im Oberbergischen Kreis

Punkt 3 des Antrages (Schaffung einer Planstelle für Radmobilität) wird einvernehmlich in den Unterausschuss „Personal“ verwiesen.

Nach Begründung des Antrags durch AM Gerards und Stellungnahme durch AM Wurth empfiehlt der Finanzausschuss dem Kreistag **mehrheitlich gegen die Stimmen der Kreistagsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kreistagsgruppe DIE LINKE** folgenden

Beschluss Nr. 19:

Der Antrag

- Einstellung von 500.000 € in den Haushalt 2021 für den Neubau von Radwegen und Erhöhung des Ansatzes für den Grunderwerb zur Herstellung von Radwegen auf 500.000 €,
- Erhöhung des Ansatzes 2022 für den Neubau von Radwegen im Haushaltsjahr 2022 um 1,2 Mio. €
- Beauftragung der Verwaltung, bei allen Ausbaumaßnahmen an Kreisstraßen die Straßenbreite um einen abgegrenzten Radweg zu erweitern,
- Erstellung eines Radpendlerrouthen-Netzes im Rahmen von Verwaltungsvereinbarungen mit kreisangehörigen Kommunen,
- Übernahme der Bauausführung der Radpendleroute „Alltagsradweg Marienheide-Gummersbach“ als Pilotprojekt im Wege einer Vereinbarung mit der Gemeinde Marienheide,
- Anbringung eines Sperrvermerks: Inanspruchnahme der og. Haushaltsmittel nur als Eigenanteil unter Zusage von mindesten 80%iger Bundes- oder Landesför-

derung,
wird abgelehnt.

zu 19.: Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.03.2021: Straßenneubau - Verzicht auf Bau K28

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Kreistag **mehrheitlich gegen die Stimmen der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kreistagsgruppe DIE LINKE** folgenden

Beschluss Nr. 20:

Der Antrag, das Planfeststellungsverfahren für die K28neu in Waldbröl einzustellen, keinen Grunderwerb vorzunehmen und die bisherige Planung zu verwerfen wird abgelehnt.

zu 20: Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.03.2021: Gebühren Fleischbeschau (Verzicht auf Gebührenerhebung)

AM Albowitz-Freytag äußert sich zu dem Thema. Für die Verwaltung nimmt Frau Hähn Stellung. AM Wurth bittet um schriftliche Darstellung der Optionen vor der Kreisausschusssitzung.

Der Antrag wird danach einvernehmlich in den Kreisausschuss verwiesen.

zu 21.: Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 12.03.2021: Verwaltung effizient gestalten

Der Antrag wird einvernehmlich in den Unterausschuss „Personal“/ Kreisausschuss verwiesen.

zu 22.: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.03.2021: Eckpunktebeschluss

Der Punkt 2 des Antrags (Verzicht auf Stellenausweitungen) und 5 (Verminderung der Kreisumlage) wird einvernehmlich in den Unterausschuss „Personal“ bzw. Kreisausschuss verwiesen.

| | |
|---|--|
| | <p>Nach Wortmeldungen von AM Wurth und Stefer empfiehlt der <u>Finanzausschuss</u> dem Kreistag mehrheitlich gegen die Stimmen der Kreistagsfraktion SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, UWG und der Kreistagsgruppe DIE LINKE und folgenden</p> |
| <p>Beschluss Nr. 21:</p> <p>Der Antrag</p> <ul style="list-style-type: none"> - Auflösung der Ausgleichsrücklage jeweils zur Hälfte in 2021 und in 2022 - Ausgabenminderungen in Höhe von 1% der für 2021 geplanten ordentlichen Aufwendungen durch strukturelle Maßnahmen, haushaltswirksam in 2022 - Isolierung sämtlicher Corona-bedingter Ausgaben <p>wird abgelehnt.</p> | |
| | <p>zu 23.: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.03.2021: Effizientere Wirtschaftsförderung</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich gegen die Stimmen der Kreistagsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, UWG und der Kreistagsgruppe DIE LINKE folgenden</p> |
| <p>Beschluss Nr. 22:</p> <p>Der Antrag, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Städte und Gemeinden, der Fraktionen und Gruppen im Kreistag sowie der Kreisverwaltung einzusetzen, wird abgelehnt.</p> | |
| | <p>zu 24.: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.03.2021: Wohnungsbauförderung durch die Oberbergische Aufbau GmbH (OAG)</p> <p>Eine Nachfrage von AM Albowitz-Freytag wird von Herrn Ammann beantwortet. Nach der Diskussion unter Beteiligung der AM Wurth, Stefer und Brück wird der Antrag einvernehmlich in den zuständigen Fachausschuss verwiesen.</p> <p>zu 25.: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.03.2021: Endgültiger Verzicht auf den Ausbau des Kreishauses</p> <p>Nach Äußerungen von AM Stinner und Wurth empfiehlt der <u>Finanz-</u></p> |

| | |
|--|---|
| | <p>ausschuss dem Kreistag mehrheitlich gegen die Stimmen der Kreistagsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, AfD und der Kreistagsgruppe DIE LINKE folgenden</p> |
| <p>Beschluss Nr. 23:</p> <p>Der Antrag, jedwede Pläne für eine Erweiterung des Kreishauses endgültig aufzugeben, wird abgelehnt.</p> | |
| | <p>zu 26.: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.03.2021: Verzicht auf Erhebung auf von Elternbeiträge für den Besuch von Kindertagesstätten im März 2021 sowie ggf. im April 2021</p> <p>Auf Nachfrage von AM Albowitz-Freytag teilt Herr Schmallenbach mit, dass sich das Land nur bei einem kompletten Lockdown an den Kosten beteiligen würde. AM Gerards bittet bis zum Kreisausschuss um aktuelle Zahlen, wieviel Kinder ein Betreuungsangebot wahrnehmen.</p> <p>Nach Wortmeldungen der AM Wurth und Stefer wird der Antrag dahingehend konkretisiert, dass auch die Elternbeiträge Februar mit einbezogen werden.</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag einstimmig folgenden</p> |
| <p>Beschluss Nr. 24:</p> <p>Für Februar und März 2021 verzichtet der Oberbergische Kreis auf die Erhebung von Elternbeiträgen. Das gleiche gilt, sofern es im April zu (Teil-)Schließungen kommt.</p> | |
| | <p>zu 27.: Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 14.03.2021: Bau der K 28n in Waldbröl</p> <p>Der <u>Finanzausschuss</u> empfiehlt dem Kreistag mehrheitlich gegen die Stimmen der Kreistagsfraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Kreistagsgruppe DIE LINKE folgenden</p> |
| <p>Beschluss Nr. 25:</p> <p>Der Antrag, die Mittel für Planung, Grundstückserwerb und bauliche Verwirklichung des Straßenprojektes K 28 neu in Waldbröl zugunsten des Kreisbauausschusses zu sperren, wird abgelehnt.</p> | |

| | |
|--|--|
| | <p>5. Beratung Haushaltsentwurf 2021-2022 unter Berücksichtigung von Anträgen und Veränderungsnachweis</p> <p>Herr Hamm erläutert die Vorlage und schlägt vor, den Veränderungsnachweis nach der Beratung durch den Kreisausschuss für den Kreistag neu vorzulegen. Daraufhin verweist der Finanzausschuss diesen Punkt sowie die Beschlussempfehlung Gesamthaushalt (Punkt 6) und Beschlussempfehlung Haushaltssatzung /Festsetzung Hebesätze Kreisumlage (Punkt 7) in den Kreisausschuss bzw. Kreistag.</p> |
|--|--|

| | | |
|------------------|------------------------------|--|
| Zu TOP 8: | Anträge | |
| | Es liegen keine Anträge vor. | |

| | | |
|------------------|-------------------------------|--|
| Zu TOP 9: | Anfragen | |
| | Es liegen keine Anfragen vor. | |

| | | |
|---------------------|---|-------------------------|
| Zu TOP 10: | Mitteilungen | |
| Zu TOP 10.1: | Haushaltswirtschaft 2021 | 0174/20-25/LR/KD |
| | Herr Kreisdirektor Grootens erläutert die Vorlage. Nachfragen zur Haushaltswirtschaft ergeben sich keine. Des Weiteren stellt KD Grootens unter Verweis auf die Tischvorlage die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie im Oberbergischen Kreis dar. | |

*** Ende öffentlicher Teil ***

gez.

Margit Ahus
- Vorsitzende -

gez.

Michael Stefer
- Ausschussmitglied -

gez.

Rainer Schmidt
- Schriftführer -

gez.

Gesehen:
Reinhard Schneider
- Leiter Leitungsstab -

gez.

Klaus Grootens
- Kreisdirektor -